

## DER ANDERE BLICK - Ostermarsch der Unvernunft: Warum der deutsche Pazifismus noch nie so alt aussah wie heute

*Auch in diesem Jahr hat die Friedensbewegung keine Antwort darauf, was zu tun ist, wenn grundsätzlich richtige Aufrufe zu friedlicher Konfliktlösung nicht verfangen. Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine wird diese Sprachlosigkeit aber zum moralischen Problem.*

Oliver Maksan, Berlin

Ostermarschierer 2009 in Frankfurt. Ralph Orlowski / Getty Images Europe

Alexander Kissler, Redaktor im Berliner Büro der NZZ.

Sie lesen einen Auszug aus dem werktäglichen Newsletter «Der andere Blick», heute von Oliver Maksan, Redaktor im Berliner Büro der NZZ. **Abonnieren Sie den Newsletter kostenlos.** Nicht in Deutschland wohnhaft? **Hier profitieren.**

Mit dem Ukraine-Krieg rücken die deutschen Ostermärsche erstmals seit Jahren **wieder ins Bewusstsein** – und mit ihnen ihre intellektuelle Hilflosigkeit. In letzter Zeit wurden die Veranstaltungen nur durch pflichtschuldige Meldungen der Abendnachrichten des öffentlichrechtlichen Fernsehens ihrem schattenhaften Dasein entrissen.

Wie schon früher haben die Ostermarschierer auch in diesem Jahr keine Antwort darauf, was zu tun ist, wenn grundsätzlich richtige Aufrufe zu friedlicher Konfliktlösung nicht verfangen. Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine wird diese Sprachlosigkeit aber zum moralischen Problem. Das Gebot «Du sollst nicht töten» leuchtet intuitiv ein. Wer sich aber nicht daran hält, muss davon abgehalten werden, weiter zu töten. Staaten können deshalb nicht pazifistisch agieren, wollen sie den Schutzauftrag ihrer Bevölkerung gegenüber nach innen und aussen erfüllen.

### Bemerkenswert einseitig

Grundsätzlich sind Demonstrationen für den Frieden natürlich legitim. Wer sehnt ihn in diesen Zeiten nicht herbei? Auch muss sich niemand in einer Demokratie zur Politik der deutschen Regierung oder des Westens bekennen. Und man sollte nicht übersehen, dass **zahlreiche Aufrufe einzelner Ostermarsch-Initiativen** den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verurteilen. Aber auch nicht alle. **Die Einseitigkeit des Berliner Aufrufs etwa ist bemerkenswert:** An keiner Stelle wird Moskau von den Verfassern als Aggressor benannt. Stattdessen erscheint die Nato als das grosse Übel. Die Regierungen der westlichen Länder müssten, heisst es da, «mit der weiteren Nato-Osterweiterung aufhören und keine provozierenden Nato-Manöver an der russischen Grenze abhalten».

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Alexander Graf Lambsdorff hat deshalb recht, wenn er diese in Teilen Ursache und Wirkung verwechselnde Friedensbewegung als Wladimir Putins fünfte Kolonne bezeichnet. In der Konsequenz besorgen die Friedensbewegten das Geschäft Moskaus aber auch dann, wenn sie den russischen Angriff zwar verurteilen, aber nicht erklären, wie angesichts der Aggression überhaupt eine gewaltfreie Verhandlungslösung zustande kommen soll. Eine Ukraine ohne militärische Unterstützung von aussen hätte die russische Invasion keine drei Tage überlebt. Das Land wäre jetzt ein russischer Vasallenstaat.

An Gesprächsinitiativen vor Kriegsbeginn hat es zudem nie gefehlt. Bis zum Vorabend des Krieges pilgerten westliche Politiker nach Moskau. Und Jahre der Hoffnung auf «Wandel durch Handel» haben den Aggressor Putin nicht davon abgehalten, gegen die Souveränität eines Nachbarlandes Krieg zu führen – ein Krieg, der im Osten übrigens seit 2014 bereits etwa 14 000 Tote gefordert hat. Und auch heute agiert die Nato unter amerikanischer Führung prinzipiell umsichtig. Das von Pazifisten verbreitete Bild des kriegslüsternen Westens entspricht einfach nicht den Tatsachen.

### Reagan hat Moskau in die Knie gezwungen

Zudem gilt der russische Krieg nicht nur der Ukraine, sondern auch der europäischen Sicherheitsordnung, wie sie sich nach dem Kalten Krieg etabliert hat. Wie schon die Sowjetunion wird auch Putins Russland nur aus einer Position der Stärke des Westens in die Schranken gewiesen werden können. Es ist deshalb richtig, dass Deutschland weiterhin am nuklearen Schutzschirm der USA im Rahmen der Nato teilhaben will. Und es ist genauso richtig, dass **die Bundeswehr mit 100 Milliarden Euro** in die Lage versetzt werden soll, ihren Beitrag zur Verteidigung von Land und Bündnis überhaupt erst leisten zu können. **Wer, wie die Ostermarschierer, das Gegenteil fordert, handelt unverantwortlich.**

Dabei könnten sie es besser wissen. Es waren nicht die Demonstranten im Bonner Hofgarten, die in den frühen achtziger Jahren mit ihren Protesten gegen den Nato-Doppelbeschluss verhinderten, dass aus dem Kalten ein heisser Krieg wurde. Es war die Wehrhaftigkeit des Westens unter der Führung des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan, die Moskau letztlich in die Knie und zu Verhandlungen zwang. Die deutsche Friedensbewegung tut dieser Tage alles, um von der Geschichte einmal mehr ins Unrecht gesetzt zu werden.

Passend zum Artikel